

DIE EINWANDERUNG ÜBER DEN KREIßSAAL

WWW.REP.DE

EINWANDERUNG ÜBER DEN KREIßSAAL

50 Prozent der Kinder unter
6 Jahren haben Migrationshintergrund

Deshalb: Identität bewahren

Der Anteil der Personen mit ausländischen Wurzeln ist bundesweit weiter angestiegen und ursächlich dafür ist nicht nur die massenhafte Einwanderung der letzten Jahre, sondern auch die Zuwanderung über den Kreißsaal. Wie sich damit die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert, zeigt sich an dem Beispiel in Hamburg. Jeder dritte Hamburger hat einen Migrationshintergrund, in Zahlen ausgedrückt heißt das: 630.000 Personen. In einigen Jahren wird der Migrationsanteil bereits bei mehr als der Hälfte der Einwohner liegen, denn schon heute haben 50,4 Prozent der Hamburger Kinder mindestens ein Elternteil, dessen Familie nicht aus Deutschland stammt. Die Zahlen stammen aus einer Sonderauswertung des Statistikamtes Nord und geben den Stand zum 31. Dezember 2016 wieder. Dabei zeigt sich unter anderem, wie stark der Anteil der Menschen mit ausländischen Wurzeln in den vergangenen Jahren angestiegen ist. 2009, als das Statistikamt die gleiche Erhebung gemacht hat, hatten 28 Prozent der Hamburger einen Migrationshintergrund, sechs Prozent weniger als heute, sieben Jahre später.

Der Blick in einige andere Großstädte zeigt ein ähnliches oder noch dramatischeres Bild. Der Anteil der Personen mit ausländischen Wurzeln ist bundesweit weiter angestiegen und ursächlich dafür ist nicht nur die massenhafte Einwanderung der letzten Jahre, sondern auch die Zuwanderung über den Kreißsaal. Die Zahlen aus dem Jahr 2015 sprechen Bände: Duisburg 57%, Dortmund 53%, Düsseldorf 50%, Darmstadt 53%, München 58%, Augsburg 62% und Frankfurt mit satten 76%. Jetzt dürften vielleicht noch mehr Menschen verstehen, was wir damit meinen, wenn wir auf unseren Plakaten schreiben: FREMD IM EIGENEN LAND.

BURKA-VERBOT AUCH IN ÖSTERREICH

Die Vollverschleierung von Frauen im öffentlichen Raum wird in Österreich künftig unter Strafe gestellt. Die Regierung in Wien beschloss das im Vorfeld heftig kritisierte Burka-Verbot am Dienstagabend im Parlament. Es ist Teil eines Integrationspakets, das auch das Verteilen von Koranen verbietet. Neben dem Ganzkörpergewand sind noch weitere Kleidungsstücke, die das Gesicht von Frauen verhüllen, im öffentlichen Raum verboten. Ab Oktober werden für diese Form der Verhüllung bis zu 150 Euro Strafe fällig. Außerdem sieht das Paket ein verpflichtendes Integrationsjahr vor, in dem spezielle Deutsch- und Wertekurse besucht werden müssen. Die Maßnahmen gelten für anerkannte Asylanten und jenen Personen mit relativ guter Bleibeperspektive.

Während selbst islamische Länder wie Tunesien ein Burka-Verbot eingeführt haben, darf in Deutschland weiterhin auf eine solche Entscheidung gewartet werden. Diese Notwendigkeit ist heute größer denn je und wäre ein deutliches Zeichen, welches auch Gutmenschen zuzumuten ist, denen die unsere Heimat abwickeln.

BERLIN VERSÜSST ABGELEHNTEN ASYLANTEN DIE RÜCKKEHR

Nicht alle Asylbewerber können in Deutschland bleiben. Auch wenn die Abschiebezahlen weit unter den tatsächlichen Möglichkeiten liegen, so finden doch viele abgelehnte Ausländer den Weg zurück in ihre Heimat. Die meisten stammen aus Albanien und dem Kosovo, die unser Land wieder verlassen müssen oder müssten. Deutschland unterstützt Balkan-Heimkehrer dabei, zu Hause wieder Fuß zu fassen – auch aus eigenem Interesse. Wer Deutschland vor Abschluss seines Asylverfahrens verlässt, erhält seit Februar einen Bonus von 1200 Euro. 800 Euro gibt es bei freiwilliger Rückreise, nach einem ablehnenden Bescheid und dem Verzicht auf Rechtsmittel – die Hälfte des Betrages wird nach sechs Monaten im Herkunftsland ausgezahlt. Für die Asylanten eine günstige Situation, für den Steuerzahler und Bundesbürger sind es aber hunderte Millionen Euro, die Personen hinterhergeschmissen werden, deren Wahrscheinlichkeit auf Asyl größtenteils gleich Null ist. Sollte man in diesem Zusammenhang nicht über zinslose Darlehn nachdenken?

EU-PARTNER LASSEN DEUTSCHLAND IM STICH

Theoretisch müsste vieles in der EU anders laufen, auch im Bereich der Asylverfahren. Nachdem aber bereits Merkel, die Kanzlerin der grenzenlosen Zuwanderung, sich über geltendes Recht hinweggesetzt hat, folgen ihr nun andere EU-Staaten. Nach den Dublin-Regeln müssten viele Asylbewerber aus Deutschland in andere EU-Staaten zurückkehren. Das passiert aber offenbar nur selten. Die EU-Mitglieder halten sich nicht konsequent an das Dublin-Verfahren, das klare Regeln für Asylverfahren für Migranten festlegt. Nur jeder 13. Migrant aus Deutschland wird in das Einreiseland zurückgeschickt, welches für das jeweilige Asylverfahren eigentlich zuständig ist. Nach dem Dublin-Verfahren müssen Migranten ihre Asylverfahren in dem EU-Land durchlaufen, in das sie zuerst eingereist sind. Der Bund hat von Anfang an, noch bis Ende 2016, andere EU-Länder um Übernahme von 72.321 Migranten ersucht. Tatsächlich zurückgeführt wurden aber nur 5321 (7,3 Prozent) der betroffenen Personen. Umgekehrt stellten andere EU-Länder für 39.251 Migranten Übernahmeersuche an Deutschland. Aufgenommen wurden davon 14.566 Betroffene (37,1 Prozent).

EU LEGT ALTE IDEEN NEU AUF

Beim jüngsten EU-Gipfel Ende Mai wurde – nicht zum ersten Mal – ein Instrument propagiert, das neue Finanzierungsquellen für kleine und mittlere Unternehmen, sowie für private Haushalte eröffnen soll: Die Banken würden Kredite bündeln und als Pakete im Rahmen von Anleihen an Investoren verkaufen. Dadurch ergäbe sich (luftleerer) Spielraum für neue Kredite. Das Konzept will die EU im Rahmen der „Kapitalmarktunion“ realisieren. Gefahr! Die Finanzkräftigen könnten die Ideen der Nicht-Finanzstärkeren einfach nehmen, ohne dafür zu bezahlen. Man erinnert sich: Dieses vor allem von US-Banken eingesetzte Instrument war einer der Auslöser der Finanzkrise 2008. Die Sprecher der Kommission betonen, dass selbstverständlich keine Wiederauflage geplant sei. In Zukunft werde die Finanzmarktaufsicht diesen Bereich streng kontrollieren und somit Fehlentwicklungen vermeiden, dass das Konzept selbst Fehler aufweist, die keine Aufsicht beseitigen kann, wird nicht zur Kenntnis genommen.

SCHÄUBLE SIEHT MUSLIME ALS CHANCE

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht die steigende Zahl der Muslime in Deutschland als eine Chance an. Der Minister, Christen und auch alle anderen Personen in der Bundesrepublik könnten von ihnen lernen. - *Im Islam würden viele menschliche Werte wie Gastfreundschaft und Toleranz sehr stark verwirklicht werden.* - Offensichtlich beginnt nun auch der Wahlkampf um muslimische Stimmen und das gerade in einer Zeit, wo sich die Islamkritik auch in Deutschland zunehmend ausbreitet und die Bürgerinnen und Bürger offen ihre höchsten Bedenken äußern. Dem wollen die Schläubles in unserem Land nun entgegenwirken. Nach der Einwanderungs- soll jetzt die Glaubensbereicherung verfolgt werden. Vergessen sind die ablehnende Haltung vieler Muslime, die sich weder integrieren wollen, noch etwas mit unserem Rechtsstaat und der Mehrheitsgesellschaft gemein zu haben wissen. Es ist daher dringend und wichtig, dass islamkritische Parteien, wie wir Republikaner weiterhin das Sprachrohr derer werden und bleiben, die sich eben nicht die Fähigkeit nehmen lassen, diese Missstände anzusprechen, die in unserem Land entstanden sind, dazu gehört auch dieser andauernde Islamisierungsversuch.

WERDEN SIE JETZT REPUBLIKANER!

Werden Sie Mitglied und Unterstützer unserer Partei. Unser Land hat viele Zuschauer, aber besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zu zwingend notwendigen Veränderungen leisten.

Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Sie sind dann Republikaner und Teil einer Oppositionskraft, die sich primär für die Interessen unserer Bevölkerung und für den Erhalt unserer Identität und Kultur einsetzt. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder <http://www.rep.de/mitglied-werden>.**



Spenden für
Deutschland >



Unterstützen Sie uns mit einer Spende?

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE60440100460387450460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER (REP) - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.d.P.: Kevin Krieger

Sie haben Fragen? bund@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

Ich möchte mehr über die Partei erfahren.

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.

Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGEN

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politischer Stammtische. 18.06.17, um 10.00 Uhr, in Wiesental, sowie ein **Sommerfest am 26.08.17**, 16.00 Uhr, in Oberhausen-Rheinhausen (Karlsruhe Land). Weitere Informationen unter 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Regelmäßige Infostände in Erding, Dorfen und Taufkirchen; Info unter Tel. 08083/8717.
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Info unter 01522-2624313.
- **Kissing:** Jeden ersten Montag im Monat (außer August) findet ein politischer Stammtisch statt. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten mögen sich bitte bei dem Bezirksvorsitzenden und REP-Kreisrat Herrn Noffke melden: 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Info: 069/522500.
- **Kassel:** Tel. 0661/603746, vierwöchentliches Informationstreffen.
- **Düsseldorf:** Monatlicher Informationsabend des REP-Kreisverbandes: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen; Einladung schriftlich über den Kreisverband: koeln@rep.de.
- **Aachen:** Politischer Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Näheres unter nrw@rep.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: wuppertal@rep.de.
- **Bochum:** Monatlicher Informationsabend / Ruhrstammtisch. Kontakt unter: bochum@rep.de.
- **Essen:** Monatlicher Informationsabend der Republikaner in Essen. Kontakt über: nrw@rep.de melden.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter dortmund@rep.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, um 20.00 Uhr, in Herford. Informationen unter nrw@rep.de.
- **Mettmann:** Am 21. Juni 2017 führen die Republikaner eine Informationsveranstaltung durch. Beginn: 19.00 Uhr. Interessenten können Sie über Email bei uns melden: nrw@rep.de
- **Kreis Kleve:** Ab Juli finden monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Kleve statt. Interessierte Bürger können sich per E-Mail eine Einladung über den Landesverband senden lassen: kontakt@rep-nrw.de
- **Vogtland:** Ab Juni führen die Republikaner im Vogtland monatliche Informationsveranstaltungen durch. Einladungen erfolgen schriftlich und können bis zur Fertigstellung einer eigenen Internetseite über den Bund erfragt werden.

Bitte Änderungen oder weitere Veranstaltungen der Bundesgeschäftsstelle mitteilen.

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10,00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.